

Das Corona-Paradox: ein Virus als Spaltpilz? Warum gerade die GEWerschaft dagegen- und zusammenhalten muss

In den zwanzig Jahren, in denen ich bei der GEW Hessen aktiv bin, gab es nicht wenige heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation wie auch nach außen hin, in denen durchaus Welt(anschauung)en aufeinanderprallten. Erinnerung sei z.B. an die „Deutschlandlieddebatte“, die den Freund_innen, welche 2006 die (Fußball) Welt bei sich zu Gast hatten, mit einer -wie ich nach wie vor und mehr noch finde: berechtigten- Warnung vor erstarkendem Nationalismus und Großmannssucht die Feierlaune zu verderben drohte. Das Echo war beispiellos und nicht wenige Schläge wurden unter die Gürtellinie ausgeteilt und durchaus kam es zu Austritten von Mitgliedern. Auch die GEW-Kritik an der Omnipräsenz der Bundeswehr in Schulen, auf Messen bis hin zum Hessentag bleibt nicht ohne – teils unsachliche und beleidigende- Resonanz.

Seit Beginn der Corona-Sondersituation beherrscht jedoch nach meiner Beobachtung eine Erregtheit und Aggressivität die Auseinandersetzungen um dieses Thema (und alles, was damit in Verbindung steht), die mir in diesen Dimensionen neu und höchstbedenklich scheint. Statt sich sachlich mit der anderen Sichtweise des Gegenübers auseinanderzusetzen, werden Etiketten verteilt („Coronaleugner“ oder „Verschwörungstheoretiker“ gegen „Systemling“, „Merkelvasall“ etc.), wird gehöhnt und beleidigt – in den Kommentarspalten der Onlinemedien bestens zu beobachten.

Es erreichen die GEW Hessen Mails und Schreiben voller Vorwürfe, Angriffe und Beleidigungen – aus den unterschiedlichsten Richtungen. Und auch der kollegiale Umgang innerhalb der GEW leidet

Dabei ist Einigkeit das Gebot der Stunde, denn:

- Den im Frühjahr noch gefeierten „Corona-Held_innen“ (z.B. das Personal in Kranken-, Alten- und Pflegeeinrichtungen)verweigern die Arbeitgeber_innen in der Tarifaueinandersetzung jegliches faire Angebot
- 8 Millionen Deutsche arbeiten für weniger als 11,05 Euro
- Knapp 400.000 Jobs werden so schlecht bezahlt, dass sie sogar ganz unter die Niedriglohnschwelle fallen
- Bis zu 1,1 Millionen Arbeitsplätze könnten die mittelständischen Unternehmen laut einer Studie der staatlichen Förderbank KfW im laufenden Jahr streichen
- Arbeitgebervertretungen sprechen jetzt schon offen und ungeschönt über Lohnverzicht und unbezahlte Mehrarbeit in den Betrieben
- Mit der Frage, wie und von wem die bisher neu aufgenommen Milliarden schulden wieder abgebaut werden können, möchte sich lieber niemand beschäftigen.
- Zeitgleich wuchs in Deutschland im ersten Halbjahr 2020 einer Wohlstandsstudie der Schweizer Bank Credit Suisse zufolge die Zahl der Dollarmillionäre um 58.000 und beträgt nun 2,1 Millionen

Im Schatten der nicht zuletzt auch medial verstetigten Krise wächst die soziale Ungleichheit hierzulande wie weltweit, werden Arme weiter abgehängt (gerade im Bildungsbereich). 2019 waren laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit rund 1,29 Millionen Menschen, die die Regelaltersgrenze erreicht hatten, weiter erwerbstätig – 45% mehr als noch 2010, ein eindeutiges Indiz für Altersarmut.

Die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt sich, es fallen unzählige wichtige Themen (wie die zunehmende Militarisierung, der Klimawandel, Fragen von Flucht und Migration...) unter den Coronastich, wird die sog. „Digitalisierung“ mit Macht vorangetrieben und die vielen offenen Fragen hierzu (nicht zuletzt des Datenschutzes) zur Seite gewischt.

Wir erleben eine zunehmende soziale Misere, eine seit Jahren anhaltende kontinuierliche Senkung des Lebensstandards der meisten Menschen, aber auch kulturellen Verfall und eine zunehmende Tendenz in der Gesellschaft, sich autoritären politischen Strukturen zu unterwerfen, zunehmend wünschen sich Menschen in diesen unsicheren Zeiten jemand „mit einer starken Hand“.

Dies alles muss angesprochen, muss analysiert, in Kontext gesetzt werden und das geht nur im gemeinsamen Gespräch, in der demokratischen Debatte, durchaus auch im Streit, doch getreu dem Motto „Fortiter in re, suaviter in modo“ – stark in der Sache, doch mild in der Methode.

Ich begrüße daher den Vorstoß der GEW Südhessen, die Corona-Debatte zu versachlichen und zu ent-emotionalisieren, um nicht nur in der GEW-Hessen wieder in die Lage versetzt zu werden, unser Augenmerk wachsam und konzentriert darauf zu richten, was alles unterhalb des Coronaradars geschieht.

Die GEW-Hessen muss sich wieder auf die wichtigen Inhalte konzentrieren und auf die Bedingungen in den Bildungseinrichtungen in und vor allem auch nach CORONA fokussieren, z.B.

- Belastungen durch erhöhte Arbeitszeit und Wechseln in den Unterrichtsformen
- fordernde Eltern
- Einschränkung bzw. Aussetzung der Mitbestimmung an manchen Schulen (SPR), den Schulämtern (GPRL) und im HKM (HPRL)
- massive Probleme mit dem Datenschutz (Videokonferenzen/digitaler Unterricht/WhatsApp,...)
- die Arbeitsbedingungen der Erzieher_innen in den Kitas, welche dringend verbessert werden müssen, um dem massiven Fachkräftemangel auch hier zu entgegenen
- die widrige Umstände, welche Studierende an den Universitäten z.Z. gewärtigen müssen (verstärkt noch durch die Frage, wie und wo sich Studierende unter den gegebenen Bedingungen noch Geld verdienen können, um ihr Studium zu finanzieren)
- die Personalratswahlen in den Fokus zu nehmen und sich stark zu machen für bessere Entlastung der PR/GPRL/HPRL in einem neuen HPVG
- ...



Tony C. Schwarz – stv. VS GEW Hessen